



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Dienstag, 04.06.2019, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 **Polizeiliche Kriminalstatistik** **- mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Nachdem es keine Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt, ruft BM Ilk Tagesordnungspunkt 1 auf.

Herr **Prasky** (Polizeirevier Ludwigsburg) berichtet über die polizeiliche Kriminalstatistik 2018 anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Insbesondere geht er auf die Gesamtstraftaten im Überblick, Verteilung der Straftaten im Stadtgebiet, Entwicklung Tatverdächtige, Tatverdächtige unter 21 Jahren, Rohheitsdelikte, Straßenkriminalität, Vermögens- und Fälschungsdelikte und Wohnungseinbruchdiebstahl ein.

BM **Ilk** teilt mit, dass die Zusammenarbeit zwischen der Polizei und dem Fachbereich ausgesprochen gut sei. Die Präventionsarbeit sei sehr wichtig, hier werde man künftig noch aktiver werden.

Stadtrat **Noz** wünscht für die bessere Einschätzung und Vergleichbarkeit eine Aufschlüsselung prozentual auf die im Stadtteil lebende Bevölkerung. Er dankt der Polizei für ihren Einsatz. Der Arbeitsaufwand mit 20 Delikten pro Tag sei groß. Durch die Statistik sehe man im Detail den großen Erfassungsaufwand. Im Bahnhofsbereich hoffe er nach der Umgestaltung des ZOB auf eine Besserung. Zudem wünsche er vermehrte Maßnahmen und Kontrollen gegen Autoraser in der Innenstadt. Hier sehe er dringenden Handlungsbedarf. Die Stadtteile in Autobahnnähe seien vermehrt gefährdet. Hier könne durch mehr Polizeipräsenz gegengewirkt werden und bemängelt die Schließung der Polizeiposten. Die Beratungsstelle habe ein sehr gutes Fachwissen. Bei einer Bedrohungssituation solle diese kontaktiert werden. Der Gesetzgeber müsse eine Regelung bezüglich der Belästigung von Hilfskräften der Polizei, Feuerwehr und dergleichen treffen. Hier wünsche er mehr Respekt und Achtung.

Ebenso ihren Dank spricht Stadträtin **Dr. Knoß** aus. Sie spricht die gute Präventionsarbeit, wie auch die Betreuung an. Die Mitarbeiter seien sehr freundlich und höflich, dies habe ihre persönliche Erfahrung gezeigt. Sie vermutet, dass viele Sexualstraftaten, wie auch Sachbeschädigung nicht angezeigt werden und ermutigt hierzu. Sie wünscht sich ein schnelleres Eingreifen der Polizei.

Stadträtin **Liepins** erhielt bisher positive Rückmeldungen und dankt ebenso. Die Zahlen seien relativ gleichbleibend. Dennoch müsse das subjektive Gefühl beachtet werden und spricht vor allem den Bahnhofsbereich an. Die Autoraserei solle vermehrt kontrolliert werden.

Stadtrat **Rothacker** spricht seinen Dank aus. Weiter geht er auf die Unterbesetzung der Polizei ein. Jeder könne versuchen positiv einzuwirken und Eskalationen vermeiden. Hierdurch könne die

Polizei unterstützt werden. Zudem wolle er wissen, ob durch den Einsatz der Bodycam eine Verbesserung im Umgang mit der Polizei eingetreten sei und wie viele Polizisten hiermit ausgestattet seien.

Stadträtin **Burkhardt** dankt für den Bericht und wünscht eine zeitnahe Veröffentlichung der Statistik.

Stadtrat **Lettrari** spricht ebenso seinen Dank aus.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** merkt an, dass Räume in der Stadt entsprechend zu gestalten seien, zudem solle mehr auf Sauberkeit geachtet werden. Dies wirke sich auf das Sicherheitsgefühl und auf den Wohlfühlfaktor aus. Hierzu kritisiert sie den Bahnhofsbereich und setzt große Hoffnung in den Bahnmanager. Weiter spricht sie die Einhaltung von Regeln an. Zudem sei die Bettelei sehr ausgeprägt. Ihrer solle gegen die Druckerbanden effizient etwas unternommen werden.

Stadträtin **Liepins** äußert Kritik an der langen Beratungsdauer und Tagesordnung der heutigen Sitzung.

BM **Ilk** merkt an, dass zum Thema Lärmaktionsplan und ÖPNV heute ein Input erfolge und separat als Schwerpunkt beraten werde.

Herr **Prasky** geht auf die offenen Fragen ein und dankt für das positive Feedback. Das Thema Autoraserei sei präsent. Es haben hierzu im letzten Jahr drei große Kontrollen stattgefunden. Das Ergebnis habe die Meldungen nicht widerspiegelt. Nach entsprechender Auswertung des Lärmmessgerätes werde das Thema erneut angegangen. Die Dunkelziffer der nicht gemeldeten Straftaten sei hoch. Der Streifendienst sei mit der Bodycam ausgestattet. Dies sei ein wichtiges Modul im Konzept und wirke deeskalativ.

BM **Ilk** dankt und schließt diesen TOP.

Beratungsverlauf:

Der **Jugendgemeinderat** berichtet über die Ergebnisse der Umfrage anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

Vorab teilt BM **Ilk** mit, dass ein neuer Bahnstationsmanager eingesetzt worden sei und erteilt das Wort den Vertretern des Jugendgemeinderates, die auf die Durchführung der Umfrage, den statistischen Rahmen, die Ergebnisse der Umfrage, wie auch auf die Vorschläge und Anregungen des Jugendgemeinderates eingehen.

BM **Ilk** dankt dem Jugendgemeinderat. Die Randbedingungen seien bekannt. Die Umfrage sei ein guter Ansatz. Er verweist ebenso auf die Lenkungsgruppe Pro Sicherheit. Der Bahnhof solle ein gutes Erscheinungsbild geben.

Stadtrat **Noz** dankt dem Jugendgemeinderat. Das Unsicherheitsgefühl am Bahnhof sei vorhanden. Der Bahnstationsmanager habe eine umfangreiche Arbeit vor sich.

Ebenso ihren Dank spricht Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** aus. Die Umfrage sei repräsentativ. Das Thema Videoüberwachung sehe sie skeptisch. Zudem fordert sie künftig Rauchverbot auf den Bahnsteigen. Weiter müssten die Aufzüge größer und sauberer sein. Die Kneipe und den Alkoholkonsum bemängelt sie ebenso, wie auch die verdreckten Toiletten. Der Bahnhof, als Eingangsportal der Stadt, müsse dringend verbessert und aufgewertet werden.

Für die anschauliche Präsentation und Beschreibung des Bahnstationsbereiches spricht Stadträtin **Liepins** ihren Dank aus. Sie könne eine Videoüberwachung befürworten, zumindest in den Nachtstunden. Die Themen müssen ernst genommen werden und sie hofft auf eine schnelle Änderung. Es sei hier bereits zu viel Zeit verstrichen.

Stadtrat **Rothacker** dankt dem Jugendgemeinderat. Das Bahnstationsgebäude sei in privater Hand, dies sehe er in der Umsetzung der Verbesserungen als problematisch. Rauchverbot und Alkoholverbot sei nicht durchsetzbar. Es seien Raucherzonen ausgewiesen. Die Gastronomie zahle eine hohe Pacht, so Rothacker. Für ein Sicherheitsgefühl und zur Aufdeckung von Straftaten sehe er die Videoüberwachung in den nächtlichen Stunden sinnvoll.

Der Bahnhof sei ein schwieriges Thema, merkt Stadträtin **Burkhardt** an und zeigt sich froh über den eingesetzten Bahnstationsmanager. Die Umfrage sei sehr anschaulich präsentiert. Weiter geht sie auf die Schwierigkeiten für ältere Menschen hinsichtlich der Barrierefreiheit an. Dringend müsse hier eine Veränderung erfolgen.

Stadtrat **Lettrari** dankt ebenso für den Vortrag. Ihm gefalle der Kneipenbetrieb im Bahnstationsgebäude nicht. Für Raucher könne eine Raucherzone geschaffen werden. Er wünscht eine rauchfreie Zone an den Bushaltestellen. Bedauerlich sieht er ebenso die Eigentumsverhältnisse. Dies hemme die kreative Umsetzung der Verbesserungen.

Die Vertreter des **Jugendgemeinderates** bedanken sich für das positive Feedback.

Beschluss:

Die Lortzingstraße wird entsprechend dem Sanierungsvorschlag des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen sowie des FB 61 instandgesetzt.

Die Gesamtkosten in Höhe von **640.000,00 €** werden genehmigt.

Vergabeabschluss

Die Firma Lutz Krieg GmbH aus Möglingen erhält auf der Grundlage des Angebotes vom 07.05.2019 den Auftrag zur Durchführung der Sanierung der Lortzingstraße.

Die Vergabesumme beträgt:

Auftragssumme	586.240,35 €
+ Unvorhergesehenes ca. 9,2 %	<u>53.759,65 €</u>
Vergabesumme	<u>640.000,00 €</u>

Bei Kostenüberschreitung wird das Gremium dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 25.000,00 € überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** ruft Tagesordnungspunkt 3 auf. Ein Sachvortrag ist nicht vorgesehen.
Auf Wunsch des Gremiums wird Top 3 gemeinsam mit Top 4 beraten und beschlossen.

Beschluss:

Die Rilkestraße wird entsprechend dem Sanierungsvorschlag des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen sowie des FB 61 instandgesetzt.

Die Gesamtkosten in Höhe von 295.000,00 € werden genehmigt.

Vergabebeschluss

Die Firma Wilhelm Hubele GmbH aus Ludwigsburg erhält auf der Grundlage des Angebotes vom 28.03.2019 den Auftrag zur Durchführung der Sanierung der Rilkestraße.

Die Vergabesumme beträgt:

Auftragssumme	269.328,16 €
+ Unvorhergesehenes ca.9,53 %	<u>25 671,84 €</u>
Vergabesumme	<u>295.000,00 €</u>

Bei Kostenüberschreitung wird das Gremium dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 25.000,00 € überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Auf Wunsch des Gremiums lässt BM **Ilk** Top 3 gemeinsam mit Top 4 beraten und beschließen. Er eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Braumann** spricht das Baustellenmanagement an. Hier sei eine bessere Koordination erwünscht. Er weist auf die bestehende Baustelle in der Lechtstraße mit Ampelregelung hin. Die Rilkestraße werde als Ausweichstraße benutzt. Zwei eingeschränkte Straßen sehe er als problematisch an.

Herr **Leban** (FB Tiefbau- und Grünflächen) teilt mit, dass bei der Sanierung der Rilkestraße weniger Straßenbau, sondern 80% Leitungsarbeiten seien. Hierdurch komme die lange Zeitspanne zustande. Der Schleichverkehr solle durch eine Einengung erschwert werden. Die Privatbaustelle in der Lechtstraße werde durch eine Ampelanlage geregelt. Die Koordination und Bauabwicklung der Rilkestraße sei bereits terminiert.

Eine Verbesserung im Baustellenmanagement spricht ebenso Stadtrat **Juranek** an. Er wünscht eine bessere Abstimmung zwischen den Baustellen. Zudem wolle er wissen, ob die Rilkestraße während der Bauphase gesperrt werde.

Die Anlieger werden berücksichtigt, so Herr **Leban**. Zum Baustellenmanagement merkt er an, dass bis Ende des Jahres ein Programm beim Fachbereich Straßenverkehr in Betrieb gehe. Man könne auf der Stadtgrundkarte alle Baustellen koordinieren, zentral verorten und Verkehrsabhängigkeiten erkennen.

BM **Ilk** ergänzt, dass künftig durch ein Softwareprogramm ein besseres Management ermöglicht werde. Derzeit gebe es viele Baustellen. Dennoch können viele Maßnahmen nicht geschoben werden. Erschwerend komme hinzu, dass viele Baufirmen die Absprachen und Auflagen nicht einhalten. Hiergegen werde künftig vorgegangen

Stadtrat **Noz** spricht den geforderten Zwei- und Dreischichtbetrieb an, vor allem in den Hauptachsen.

BM **Ilk** merkt hierzu an, dass bereits in einem 10-Stunden Betrieb, sowie Samstagsdienst, gearbeitet und hierdurch die Zeit verkürzt werde.

Der Zweischichtbetrieb solle getestet werden, so Stadträtin **Liepins**. Die geplanten Sanierungsmaßnahmen sollen abgestimmt werden. Problematisch sehe sie die Baustelleneinrichtung in Parallelstraßen. Hier müsse eine flexible Ampelschaltung eingerichtet werden.

BM **Ilk** lässt über die Vorlagen Nr. 151/19 und 185/19 gemeinsam abstimmen.

Baubeschluss:

Die Bushaltestellen im Bereich der beschlossenen Sanierung der Hochdorfer Straße zwischen der Droste-Hülshoff-Straße und der Hochberger Straße werden entsprechend dem Sanierungsvorschlag des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen barrierefrei umgebaut.

Die Kosten sind in den Gesamtkosten (Bau- und Vergabebeschluss Sanierung Hochdorfer Straße) in Höhe von 260.000,- € enthalten.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 8 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** geht auf den Prüfungsauftrag einer barrierefreien Bushaltestelle in der Einbuchtung ein. Dies werde aufgrund des großen Flächenverbrauches aus Verwaltungssicht nicht empfohlen. Die vorgestellte Maßnahme diene der Beschleunigung des Busverkehrs.

Herr **Leban** (FB Tiefbau und Grünflächen) informiert über die Gesetzeslage. Es gelte das Gleichstellungsgesetz und das Personenbeförderungsgesetz. Die barrierefreie Umrüstung müsse bis Ende des Jahres 2022 erfolgt sein. Von 224 Haltestellen seien 166 bereits umgerüstet. Herr Leban zeigt eine Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Weiter geht er auf die Bushaltestelle Hochdorfer Straße ein. Diese liege im Eingangsbereich eines privaten Grundstückes. Der Niederbord mit 2 cm Höhe sei komplett verbaut. Die Grundvoraussetzung für eine Bushaltestelle betrage eine Länge von 10 Meter zuzüglich 2 Meter. Der Gehweg könne nicht auf 18 cm Höhe ausgebaut werden, da ansonsten eine Welle entstehe. Die Haltestelle müsse verlegt werden. Herr Leban geht auf beide Straßenseiten ein. Es werden 3 Parkplätze im Bereich des Friedhofes wegfallen. Dies könne jedoch nicht empfohlen werden, da bereits heute die Parkplätze nicht ausreichend seien. Er plädiert für die vorgestellte Variante mit dem Einstieg am Straßenrand. Die Ausschreibung sei bereits erfolgt.

Stadtrat **Link** sieht einen Bushalt auf der Straße als nicht möglich, da diese eine Durchfahrtsstraße sei.

Stadtrat **Bauer** merkt an, dass der Bushalt durchaus auf der Straße sein könne. Er sieht hierin ebenso eine Busbeschleunigungsmaßnahme. Er werde der Vorlage zustimmen.

Die Pläne seien zu undurchsichtig, bemängelt Stadträtin **Liepins**. Ein Hochbord sei vor einer Einfahrt nicht möglich. Auf der einen Straßenseite sei die Einrichtung eines Hochbordes aufgrund der umfangreichen Garagen und Einfahrten nicht möglich. Auf der anderen Seite könne ein Hochbord eingerichtet werden, jedoch zu Lasten von Parkplätzen. Sie sehe keine Alternative.

Stadtrat **Rothacker** erinnert an den Wunsch der Bürger auf Erhalt der Haltebuchten.

BM **Ilk** fügt hinzu, dass momentan der Bordstein abgesenkt sei und somit die Zufahrt ermöglicht. Für eine Barrierefreiheit müsse der Bordstein erhöht werden.

Stadträtin **Burkhardt** stimmt der Vorlage zu. Sie finde diese Art der Haltestellen gut und akzeptabel, sofern nicht auf Hauptverkehrsstraßen.

Die Verwaltung habe gut abgewogen, so Stadtrat **Lettrari**. Er werde der Vorlage zustimmen.

Mitglied **Kucher** (Stadtteilausschuss) äußert sich zum Thema. Das Gremium zeigt sich hiermit einverstanden und sie bemängelt, dass zur letzten Sitzung keine Einladung erfolgt sei. Sie wolle wissen, wie die Zufahrt der Anlieger erfolgen solle. Auf der anderen Seite müsse ein neuer Standort für die Container gefunden werden. Die Parkplätze am Friedhof sollen weitgehend erhalten bleiben. Zudem fehle ein Wartehäuschen Orts auswärts.

Herr **Leban** teilt hierzu mit, dass eine Zufahrt nur möglich sei, wenn die Haltestelle verlegt werde.

Stadträtin **Dr. Knoß** geht auf den Bushalt am Straßenrand ein. Sie sieht darin keine Problematik. Im Bereich Westexpress werde diese Variante befürwortet. Sie verstehe nicht, weshalb sich die Befürworter des Westexpress gegen diese Maßnahme in Poppenweiler aussprechen. Zudem sei das Anhalten für die Busse an einer geraden Strecke einfacher. Weiter müsse künftig auch an Gelenkbusse und andere längere Fahrtypen gedacht werden, mit einer Busbucht nehme man sich diese Option.

Stadträtin **Liepins** wünscht eine Klarstellung der Verwaltung, ob eine Busbucht möglich sei.

Stadtrat **Rothacker** erläutert seine Idee. Um die Barrierefreiheit und die Zufahrt zu gewährleisten, ist die Welle mit oder ohne Busbucht gegeben. Die Bushaltestelle müsse etwas verlängert werden, so Rothacker.

Herr **Leban** geht auf die Frage von Stadträtin Liepins ein und merkt an, dass lediglich die vorgestellte Ausführung und Umrüstung im Sinne der Barrierefreiheit möglich, vernünftig und sinnvoll sei. Der Bus müsse künftig weiter vorne halten. Zudem müsse die Friedhofsmauer beachtet werden.

Die Unterlagen seien irritierend, moniert Stadtrat **Juranek**. Er wünscht ein Zurückziehen der Vorlage und eine klare Formulierung, ob und welche Planungen möglich seien.

Herr **Behnsen** (FB Nachhaltige Mobilität) zeigt zur Erklärung ein Luftbild.

Stadträtin **Orzechowski** fordert ein Ende der Debatte.

Stadtrat **Bauer** wünscht eine Umsetzung der Maßnahme, vor allem hinsichtlich der momentanen Sanierung der Straße.

BM **Ilk** lässt über die Vorlage abstimmen.

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** teilt mit, dass heute lediglich eine Mitteilung, sowie ein Input über die wesentlichen Änderungen, erfolge. Dieses Thema werde vertieft in der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt am 18.07.2019 beraten. Ab dem Jahre 2020 werde es einen neuen Stadtverkehr geben. Die LVL habe die Ausschreibung gewonnen. Der Verkehr werde künftig eigenwirtschaftlich gefahren, ohne Zuschüsse durch die Stadt Ludwigsburg. Die LVL habe in diesem Zusammenhang 1 Million Mehrkilometer angeboten. Dies verbessere insgesamt die Qualität. Er begrüßt Herrn Metzger (LVL).

BM **Ilk** und Herr **Behnsen** (FB Nachhaltige Mobilität) informieren zum Thema anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

Stadtrat **Link** vermisst auf der Änderungsliste die Linie 430. Zudem hoffe er auf einen Halt am Westbahnhof.

Stadträtin **Dr. Knoß** wünscht eine Erklärung, weshalb Herr Knobloch diese Vorlage unterzeichnet habe, obwohl er erst nach der Erstellung der Vorlage zur Stadt Ludwigsburg beigetreten sei. Weiter geht sie auf die Eigenwirtschaftlichkeit und Zusatzleistungen ein. Insbesondere nennt sie die Problematik für den Stadtteil Poppenweiler. Hier gebe es häufig Verspätungen beziehungsweise werde bei Verzögerungen der Bus entnommen. Um den Verkehr auf der Marbacher Straße zu verringern, müssen Möglichkeiten geschaffen werden. Sie wünscht eine 10 Minuten Taktung. Weiter solle den Poppenweiler Schülern eine direkte Verbindung zum Bildungszentrum eingeräumt werden, ohne Umstieg beim ZOB. Weiter geht sie auf die stark geänderte Streckenführung in der Weststadt ein, diese müsse noch diskutiert werden und wünscht die Einbeziehung des Stadtteilausschusses. In der Gänsfußallee solle zumindest einseitig die Parkierung wegfallen. Wichtig sei ihr zudem, dass bei der Erstellung der barrierefreien Haltestelle in der Gänsfußallee keine Lücke in der Allee entstehe.

Stadträtin **Liepins** geht auf die Liniendiskussion in der Vergangenheit ein. Insbesondere wolle sie die Führung der Linie 430, wie auch 433 wissen. Ein Plan bezüglich der Veränderungen wäre sinnvoll. Zudem wolle sie wissen, für welche Stadtteile eine direkte Verbindung zum Bildungszentrum bestehe.

BM **Ilk** erinnert, dass heute lediglich ein Input vorgesehen sei.

Das Angebot der LVL sei toll und durch die Zusatzkilometer erhalte man einen Zugewinn, so Stadtrat **Rothacker** und spricht seinen Dank aus. Er könne sich vorstellen, dass eine Stadtbahn nicht mehr benötigt werde. Hier sehe er die Stadt auf dem richtigen Weg und sieht darin die Zukunft in der Mobilität. Die LVL sei ein verlässlicher Partner mit einem vorbildlichen Angebot und einer guten Vernetzung. Er merkt kritisch an, dass der Radweg an der Marbacher Straße die Pünktlichkeit der Bus Route nach Poppenweiler erschwere. Bisher benutzen 40 Schüler aus Poppenweiler den Busverkehr zum Bildungszentrum West.

Bus und Bahn seien die Verkehrsmittel der Zukunft, so Stadträtin **Burkhardt**. Bedauerlich empfinde sie die stark befahrenen Straßen in der Stadt und die Stausituation, sobald ein Unfall auf der Autobahn sei. Seit langem fordere sie ein Umdenken und eine Änderung, wie auch Verbesserung des Busverkehrs. Lobenswert sei die Ausweitung der Betriebszeiträume, Einsatz von Hybridfahrzeugen, kontaktloses Bezahlen, neues Netzkonzzept unter Einbeziehung der Neubaugebiete, sowie ein Bushalt an der Schwieberdinger Straße. Kritisch sehe sie die Verschiebung des Kreisverkehrs Gänsfußallee. Dieser müsse in die mittelfristige Finanzplanung

aufgenommen werden. Erfreulich sehe sie die verbesserte Kommunikation zwischen LVL und Verwaltung. Der Busverkehr werde künftig ein gutes Angebot sein, um den Autoverkehr zu ersetzen. Die Akzeptanz für den Busverkehr werde sich hierdurch deutlich verbessern.

Stadtrat **Noz** geht auf den Westexpress ein und regt an, dass dieser über die Waldäcker geführt werden solle. Hier gebe es viele Verknüpfungspunkte unter anderem die Verbindung zum Gewerbegebiet und zum neuen Park an Ride Parkhaus. Den Zuschlag für die LVL sehe er positiv.

Zum Stadtteil Neckarweihingen äußert sich Stadtrat **Braumann**. Die Linie 421 solle nochmal beraten werden. Er wünsche sich einen Fahrplan und einen Gesamtüberblick der Linienführung. Zur Linie 428 frage er sich bezüglich des eingeschränkten Zeitrahmens und in welcher Höhe die Kosten für eine Verlängerung liegen. Weiter interessiere ihn der Spielraum für die Mehrkilometer und die Linienführung. Zudem solle der Edeka angefahren werden. Weiter könnten in Neckarweihingen auch kleinere Busse eingesetzt werden.

Stadtrat **Juranek** geht ebenso auf den Zeitrahmen der Linie 428 ein. Ein aktueller Plan werde gewünscht. Ob eine Diskussion über die Streckenführung noch möglich sei, will er wissen, sowie kleinere Buseinheiten für Neckarweihingen.

Herr **Metzger** geht auf die Bewerbungsanforderungen ein. Derzeit laufen Abstimmungen mit dem Landkreis als Aufgabenträger. Sobald eine Freigabe der Fahrpläne erfolge, könne die Öffentlichkeit informiert werden. Weiter geht er auf die offenen Fragen ein. Die nachgereichten Fahrpläne, wie Westexpress, Linie 428 und 415 seien ein Angebot der LVL. Ein Grundangebot sei mit der Linie 428 geschaffen worden. Ebenso warte man beim Westexpress auf die Aufsiedlung des Gebietes und könne später über eine andere Linienführung nachdenken. Ausfälle in der Linie 430 seien derzeit dem Baustellenverkehr geschuldet. Zum Schulbusverkehr Poppenweiler zum Bildungszentrum teilt er mit, dass es eine direkte Verbindung, jedoch über Remseck, gebe und geht auf die Satzung des Landkreises ein. Viele Schüler pendeln nach Marbach. Es gibt noch mehrere Stadtteile ohne direkte Verbindung zum Bildungszentrum West, so Metzger. Weiter geht er auf die künftige Taktung von 10 Minuten ein. Die Linie 422 sei bis 22:00Uhr ausgeweitet. Das Angebot für die Linie 430 sei deutlich besser, als im Nahverkehrsplan gefordert. Anstatt Schülerbussen werden Verstärkerbusse eingesetzt. Diese könne jeder nutzen. Man setze auf innovative Technik und einen modernen Fuhrpark. Für die Elektrobusse müsse noch die Infrastruktur geschaffen werden. Man stehe in einem guten Austausch mit der Verwaltung, den Stadtwerken und den Herstellern. Ein bargeldloses Zahlen, sowie WLAN sei in allen Bussen bereits umgesetzt. Der Einsatz von kleineren Buseinheiten sei wirtschaftlich nicht sinnvoll.

Stadträtin **Dr. Knoß** merkt an, je besser die Busverbindung sei, desto mehr werde dies angenommen und dies wirke sich auch positiv auf die Luftreinhaltung aus. Weiter geht sie auf die Schülerbeförderung ein. Hier müsse die Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit der Busse gewährleistet werden. Der Stadtteil Poppenweiler benötige eine attraktive Verbindung und eine 10 Minuten Taktung. Die Kinder sollten positiv an den ÖPNV herangeführt werden und sie äußert sich kritisch über die Satzung des Landkreises. Ansonsten sei das Angebot der LVL gut. Ein zusätzliches Angebot solle nicht gratis erfolgen.

Das Angebot der LVL sei sehr gut und solle nicht kritisiert werden, betont Stadtrat **Rothacker**.

Stadträtin **Liepins** äußert sich positiv über das Angebot der LVL. Eine Erweiterung des Angebotes solle nicht auf Kosten der LVL abgedeckt werden.

Die Kosten für ein zusätzliches Angebot sollen diskutiert werden, so Stadtrat **Braumann**. Die

Kleinbusse werden gewollt.

Wirtschaftlich seien Kleinbusse und sinnvolle Umläufe nicht darstellbar, merkt Herr **Metzger** an. Er habe ein eigenwirtschaftliches Angebot abgegeben. Aufgrund der Fahrgastzahlen könne nicht jeder Stadtteil im 10 Minuten Takt angefahren werden. Zudem sehe er in der Umsetzung zum 01.01.2020 einen erhöhten Zeitdruck. Die Fahrpläne sollten jetzt umgesetzt werden. Die Aufnahme von Mehrbestellungen sei bis dahin nicht möglich. Zudem merkt er an, dass es bei der Angebotsabgabe noch weitere Mitbewerber gegeben habe.

Herr **Behnsen** teilt mit, dass die Vorlage bereits im Jahre 2018 angelegt worden sei. Zwischenzeitlich habe Herr Knobloch seine Stelle angetreten.

Es werde ein optimales Bussystem gewollt, fügt BM **Ilk** hinzu. Man solle jetzt starten, beobachten und gegebenenfalls nachsteuern.

Beratungsverlauf:

Nachdem ein Sachvortrag nicht vorgesehen ist, eröffnet BM **Ilk** die Aussprache.

Stadtrat **Braumann** geht auf die eingereichten Anträge ein. Der Antrag Nr. 295/18 sei nicht erledigt, ebenso der Antrag Nr. 354/18. Dem Antrag Nr. 396/18 könne er zustimmen, jedoch wünsche er die Öffnungszeiten der Parkhäuser bereits vor 10 Uhr. Dem Antrag Nr. 475/18 könne er zustimmen.

Stadträtin **Dr. Knoß** geht auf die Schülerbeförderung ein. Sie wünscht eine frühzeitige Meldung der Schülerzahlen an das Verkehrsunternehmen. Weiter spricht sie den Shuttleverkehr vom Neckar in die Stadt an. Hier müsse für die Schaffung von Parkmöglichkeiten eine längerfristige kreisweite Lösung gefunden werden.

Die Verwaltung solle den Einsatz eines Shuttlebusses für Events prüfen, so Stadträtin **Liepins**. Weiter will sie wissen, ob die Linie 430 ab 01.01.2020 bis Eglosheim fahre oder in der Unteren Stadt wende. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Variante für Neckarweihingen werde vom Stadtteil abgelehnt.

Herr **Metzger** (LVL) geht auf die offenen Fragen ein. Ein zusätzlicher Shuttlebus könne außerhalb des Vertrages jederzeit gebucht werden. Die Linie 430 endet ab 01.01.2020 in der Unteren Stadt. Hierdurch erhalte man mehr Fahrplanstabilität. Die Endhaltestelle sei vor der Feuerwehr. Schüler müssen eventuell am ZOB umsteigen. Nicht für alle Stadtteile gebe es eine direkte Verbindung

zum Bildungszentrum West. Die Anbindung der Immanuel-Dornfeld-Straße sei mehrfach gefordert worden.

Herr **Behnsen** (FB Nachhaltige Mobilität) geht auf die Historie ein. Die Variante 3 sei technisch machbar.

BM **Ilk** verweist auf die Beratung im Ausschuss für Mobilität, Technik und Umwelt am 18.07.2019. Hier erfolge eine intensive Diskussion zu diesem Thema.

Stadträtin **Dr. Knoß** wünscht eine Bürgerbeteiligung, Beteiligung des Stadtteilausschusses und eine Informationsveranstaltung zur Gänsfußallee bezüglich der geplanten Vorfahrtsstraße.

BM **Ilk** teilt mit, dass vorab der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt informiert werde. Das Gremium zeigt sich einverstanden, dass dem Stadtteilausschuss das Wort erteilt wird.

Mitglied **Schmierer** (Stadtteilausschuss Neckarweihingen) lobt die Bürgerveranstaltung, allerdings sei das Vorgehen unglücklich gewählt worden. Anfangs sei eine Diskussion und eine Abstimmung zugesagt worden. Diese sei dann im Laufe der Veranstaltung zurückgezogen worden und habe zu Frustration geführt. Die vom Stadtteilausschuss favorisierte Variante sei von den Bürgern nicht gewollt.

Man wollte lediglich ein Meinungsbild abholen, so BM **Ilk**. Er sei darüber erstaunt gewesen, dass die favorisierte Variante des Stadtteilausschusses von den anwesenden Bürgern nicht gewollt werde.

Nachdem es auch in Eglosheim Unklarheiten zu den Buslinien gebe, solle der Stadtteilausschuss ebenso zu Wort kommen, fordert Stadtrat Bauer.

Mitglied **Martini** (Stadtteilausschuss Eglosheim) will wissen, welche Linien künftig durch Eglosheim fahren.

Es gebe eine veränderte Kopplung der Linien, so Herr **Metzger** (LVL)

BM **Ilk** schließt diesen TOP und verweist auf die Beratung am 18.07.2019.

Beratungsverlauf:

Siehe TOP 7

TOP 7.2

**Fragen zur Doppelstrategie/Stadtbahn
- Antrag der CDU-Fraktion vom 24.09.2018**

Vorl.Nr. 354/18

Beratungsverlauf:

Siehe TOP 7

TOP 7.3

**Verkehrskonzept für Veranstaltungen mit zu
erwartenden hohen Besucherzahlen
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
14.10.2018**

Vorl.Nr. 396/18

Beratungsverlauf:

Siehe TOP 7

TOP 7.4

**Schülerbusverkehr Poppenweiler
- Haushaltsantrag der FDP-Stadträte vom
21.11.2018**

Vorl.Nr. 475/18

Beratungsverlauf:

Siehe TOP 7

Beschlussempfehlung:

Der Gemeinderat stimmt den unter Ziffer 3.3 des Entwurfs des Maßnahmenplans Luftreinhaltung, Teilplan Ludwigsburg auf Seite 28 ff. zu.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Lettrari
Stadträtin Liepins
Stadträtin Orzechowski
Stadtrat Remmele

Der Beschluss geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** führt anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, in das Thema ein. Insbesondere geht er auf die geplanten Maßnahmen ein.

Stadtrat **Noz** wolle keinen Mischverkehr und könne nur bedingt, in der Hoffnung das Dieselfahrverbot zu vermeiden, der Maßnahme in der Friedrichstraße mit Tempo 40 zustimmen. Die Maßnahmen müssen kontrolliert werden. Es müssen Überwachungsgeräte aufgestellt werden. Die oberste Priorität werde in der digitalen Verkehrsleittechnik gesehen. Er hoffe, dass der Verkehr hierdurch flüssiger werde und weniger Schadstoff Ausstoß erfolge. Die Filtersäulen und der Einsatz der Technik durch Mann + Hummel seien gut. Zum Thema BRT fordere er weiterhin einen Nachweis über die Wirtschaftlichkeit der Systeme des BRT wie auch der Stadtbahn. Der Antrag 354/18 sei noch nicht erledigt. Zum Thema Radwege wünsche er eine separate Beratung. Hier wünsche er in diesem Zusammenhang eine Behandlung des Antrages 178/19. Die Problematik müsse gesamt gesehen werden, hierzu gehöre ebenso der Ausbau der A 81, wie auch die Westrandstraße und der Nord-Ost-Ring. Der Autoverkehr könne nicht als einziger Verursacher gesehen werden. Die Vorlage werde mit den Anmerkungen mitgetragen, jedoch ohne den Radverkehr.

Stadträtin **Dr. Knoß** fordert eine Änderung im Verhalten. Weiter wolle sie wissen, welche Kosten bei den Filtersäulen auf die Stadt zukommen. Stattdessen könne sie sich anstatt dessen durchaus einen Einsatz von Bürgerbussen vorstellen. Zudem müsse beim Standort der Filtersäulen die Gewährleistung des Fußgängerverkehrs beachtet werden. Zusätzlich regt sie an, einen kostenlosen Samstagsbus einzusetzen. Dies könne eine schnelle Maßnahme sein und sei ein wichtiger Anreiz für die Bürger. Weiter fordere sie von den größeren Firmen ein Mobilitätskonzept. Ebenso solle der Vorschlag eines 365,-Euro Tickets nicht in Vergessenheit geraten. Zudem solle ebenso in den Stadtteilen eine E-Ladesäule angeboten werden. Dies könne auch kostenpflichtig sein. Diskutieren solle man ebenso die Häufigkeit und Intensität der Feuerwerke.

Stadträtin **Liepins** stimmt dem Luftreinhalteplan zu, dennoch gebe sie hiermit nicht die

Zustimmung jeglicher BRT Maßnahme. Weiter geht sie auf Tempo 40 ein und fordere dies Tag und Nacht für die gesamte Friedrichstraße, zudem solle überlegt werden, ob dies auf allen Durchgangsstraßen möglich sei. Durch die digitale Ampelsteuerung hoffe sie auf Besserung. Momentan erkenne sie jedoch noch keine Besserung. Die Thematik sei wichtig und sie bemängelt die heutige Sitzungslänge, da hierdurch eine umfangreiche Aussprache nicht möglich sei.

Stadtrat **Rothacker** stimmt der Vorlage zu. Diese beinhalte alle Maßnahmen und sei umfangreich beschrieben. Die endgültige Digitalisierung könne erst bei Schaltung aller Anlagen funktionieren. Über Tempo 40 sei er nicht glücklich, da es zu viele unterschiedliche Geschwindigkeitsbegrenzungen in der Stadt gebe. Über eine intelligente Ampelsteuerung hoffe er auf eine grüne Welle bei Tempo 40. Er fordere eine bessere Überwachung der Maßnahmen, da diese sonst nicht eingehalten werden. Die Thematik der Verursacher solle heute nicht diskutiert werden. Die Luftqualität solle verbessert werden. Ein Umdenken in der Mobilität werde noch eine Zeit dauern. Man brauche für die Mobilität ein Komplettkonzept. Jeder solle das Verkehrsmittel seiner Wahl nutzen können. Einen Zwang zum Umstieg halte er nicht für sinnvoll. Eine wichtige Maßnahme sei die damalige Antragstellung auf Förderungen gewesen. Die Filteranlagen durch die ortsansässige Firma unterstütze er.

Die Maßnahmen zur Verbesserung und Attraktivität des Busverkehrs seien erfreulich, so Stadträtin **Burkhardt**. Man solle sich nicht nur auf das Ziel der Verhinderung der Dieselfahrverbote konzentrieren. Die hochbelasteten Straßen, nicht nur die Friedrichstraße, sollten alle bedacht werden. Die Kontrollen müssen verstärkt werden. Sie wünsche eine jährliche Wirkungsanalyse der Filtersäulen und eine Auflistung der Kosten. Zudem dürfen für die Aufstellung der Filteranlagen keine Bäume gefällt werden. Die Möglichkeit zur Einbringung zusätzlicher Maßnahmen sei noch bis zum 12.07.2019 gegeben.

Eine deutliche Kenntlichmachung der Verkehrsänderung fordert Stadtrat **Link**. In der Teinacher Straße bittet er um einen Verkehrshinweis auf die abbiegende Vorfahrt.

Der Standort der Filtersäulen müsse gut durchdacht und der Gehweg noch vernünftig zu passieren sein, fordert Stadtrat **Bauer**.

Stadtrat **Juranek** bittet hinsichtlich der digitalen Verkehrsleittechnik um eine Vorstellung dieser Anlagen in einer künftigen Sitzung. Die Filtersäulen lösen das ursächliche Problem nicht.

Eine Kontrolle durch mobile Blitzgeräte wünscht Stadtrat **Köhle**.

BM **Ilk** beantwortet die offenen Fragen und geht insbesondere auf den Green City Masterplan ein. Dieser beinhalte die Digitalisierung, Förderung der Elektromobilität, Aktivierung des ÖPNV, sowie die Verbesserung der Radwegeinfrastruktur. Viele Themen und Anträge werden gesondert behandelt. Die Ludwigsburger Infrastruktur werde für die Erprobung der Filtersäulen zur Verfügung gestellt. Selbstverständlich werde der Standort dieser Säulen geprüft. Zum Thema kostenloser Samstagsbus stehe man im Gespräch mit dem VVS. Mit den ansässigen Firmen stehe man bezüglich der Mobilitätskonzepte im direkten Gespräch. Die Ladesäulen sollen ebenso in den Stadtteilen aufgebaut werden. Zudem sei man hierzu mit Wohnungsbaugesellschaften im Gespräch. Weiter wolle man gegen die zunehmenden Feuerwerke gegensteuern. Ursprünglich wollte man sich im Stadtgebiet auf Tempo 30 und Tempo 50 festlegen. Dennoch habe das Regierungspräsidium Tempo 40 vorgeschlagen. Zurzeit stehe man in der Umrüstphase für die Einrichtung der digitalen Signalanlagen.

Herr **Mayer** (FB Sicherheit und Ordnung) fügt zum Thema Ladesäulen hinzu, dass die Standorte

geprüft und ein komfortables Passieren der Gehwege gewährleistet werde. Hinsichtlich der Geschwindigkeitsüberschreitungen habe man vermehrt Kontrollen vorgesehen. Die Lieferung der neuen mobilen Anlagen erfolge in den Sommerferien.

Herr **Ressler** (FB Nachhaltige Mobilität) merkt an, dass die Mindestbreite von 1,50 m eingehalten werde. Auf der Mittelinsel müsse der Wurzelbereich der Bäume beachtet werden. Ein natürlicher Feinstaubfilter werde nicht beeinträchtigt. Sofern ein Standort nicht möglich sei, werde ein Ersatzstandort gesucht, beziehungsweise weniger aufgestellt. Weiter geht er auf die Wirkung der Säulen ein.

BM **Ilk** lässt über die Vorlage abstimmen.

Beratungsverlauf:

Der Antrag ist durch die Beratung im Ausschuss erledigt.

Beschluss:

1. Der Umsetzung folgender vom Regierungspräsidium Stuttgart freigegebener Geschwindigkeitsbegrenzungen wird zugestimmt:
 - a. **K 1695 in Poppenweiler: Tempo 30 ganztags** in der Hochberger Straße südlich vor der Einmündung Sommerhalde über Reinhold-Maier-Straße bis zur Steinheimer Straße an der Einmündung Am Ring (Ausdehnung der bestehenden Tempo-30-Regelung).
 - b. **Neckargröninger Straße in Oßweil: Tempo 30 ganztags** in der Ortsdurchfahrt zwischen Mauserstraße und Ob dem Schloss (Verlängerung der Strecke).
 - c. **Frankfurter Straße/Heilbronner Straße (B 27 in Eglosheim): Tempo 30 nachts** zwischen Reuteallee und nördlich der Einmündung Monreposstraße.
 - d. **Lechtstraße (K 1664 in Neckarweihingen): Tempo 30 nachts** bis zur Einmündung Rilkestraße.
2. Der ausführlichen Beratung und Fortschreibung des Lärmaktionsplans einschließlich Öffentlichkeitsbeteiligung im 2. Halbjahr 2019 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zu Ziffer 1.c. wird mit 9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung mehrheitlich gefasst.

Der Beschluss zu Ziffer 1.a.b.d. wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadtrat Lettrari
Stadträtin Orzechowski
Stadtrat Remmele

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** wünscht mit dem heutigen Beschluss eine Umsetzung der Maßnahmen und eine Verbesserung für die Bürger. Er dankt Herrn Ressler für seine Arbeit. Nachfolgend informiert er anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, über die Maßnahmen.

Herr **Ressler** (FB Nachhaltige Mobilität) ergänzt, dass die aktuelle Kartierung abgeschlossen sei. Die Anträge seien nach Bundesimmissionsschutzgesetz zu stellen und die Berechnung geschossweise durchzuführen. Zudem müssen Zielkonflikte, wie Busverkehr und Verlagerungen, bedacht werden. Das Regierungspräsidium macht häufig den Vorschlag auf Tempo 40 ganztags, sofern die Nachteile für Tempo 30 zu groß seien. Dennoch sei ein Flickwerk auf kurzen Streckenabschnitten nicht gewollt.

Stadtrat **Link** dankt Herrn Ressler für die mühevollen Arbeit und bittet in Eglosheim um eine Verlängerung bis zum Ende des Heuweges.

Lärm sei ein großes Umweltproblem in den Städten und Ballungsräumen, so Stadtrat **Bauer**. Er werde der Vorlage zustimmen und spricht seinen Dank an Herrn Ressler aus. Dennoch gebe es noch ungeklärte Fragen. Warum sei in der Lechtstraße Tempo 30 ganztags abgelehnt worden und die genaue Zeitangabe für Tempo 30 nachts. Zudem wolle er wissen, wie das weitere Vorgehen beim Ausbau der A 81 sei. Weiter spricht er die Verkehrskontrollen und die Lärmbelastung durch die Filteranlagen an.

Ebenso seine Zustimmung gibt Stadtrat **Juraneck**. Dennoch könne er manche Bewertungen nicht nachvollziehen. Er wolle eine einfache klare Struktur in der Stadt. Konkret wolle er für den Stadtteil Eglosheim wissen, warum diverse Gebäude nach Umsetzung der Maßnahmen schlechter bewertet werden.

Stadtrat **Rothacker** spricht ebenso seinen Dank aus. Die Umsetzung solle jetzt erfolgen und Erfahrungswerte gesammelt werden.

Stadtrat **Braumann** geht auf die Lärmwerte an der Lechtstraße ein. Anwohner hätten ihm berichtet, dass Motorengeräusche aufgrund der Topografie bei Tempo 30 lauter als bei Tempo 50 seien. Dieser Effekt sei nicht erwünscht.

Herr **Ressler** geht auf die offenen Fragen ein. Die Grenze beim Heuweg sei noch nicht klar gezogen. Jedoch könne bis zum Mäurach nicht verlängert werden. Das Regierungspräsidium wäge die Verkehrsfunktion der Straße gegenüber der Lärmwerte ab. Im Zusammenhang mit dem Umbau der A 81 finde eine Lärmuntersuchung statt. Eine Lärmbelastung durch die Filter könne gesteuert und in den Nachtzeiten abgesenkt werden. Eine Verbesserung bei Tempo 40 ist gegeben, deutlich spürbarer jedoch bei Tempo 30. Die Schlechterstellung einzelner Gebäude hänge von der Verschiebung der Klassen ab. Der Hinweis Lechtstraße werde mitgenommen. Man brauche ein langfristiges Geschwindigkeitskonzept für die Gesamtstadt.

Stadträtin **Moersch** geht auf die B27 ein und wünscht eine Temporeduzierung auf Tempo 30 vor allem nachts.

Während des Beratungsverlaufes bittet Stadtrat **Noz** um getrennte Abstimmung zu Ziffer 1.c.

BM **Ilk** ruft die Vorlage zur Abstimmung auf und lässt über Ziffer 1.c.getrennt abstimmen. Im Anschluss beendet BM **Ilk** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Beratungsverlauf:

Der Antrag ist mit der Beratung im Ausschuss erledigt.

Beratungsverlauf:

Der Antrag ist mit der Beratung im Ausschuss erledigt.

Beratungsverlauf:

Der Antrag ist mit der Beratung im Ausschuss erledigt.